

Um das Uebel an der Wurzel anzufassen, muß deshalb immer wieder auf den Ursprung des Krieges zurückgegriffen werden. Solange die Ueberzeugung von der deutschen Schuld nicht Gemeingut des deutschen Volkes geworden ist, solange lebt eine der wesentlichsten Voraussetzungen einer besseren Zukunft.

Zweierlei zu verstehen ist notwendig. Erstens, daß der internationale Kapitalismus ständige Kriegsgefahren in sich barg, zweitens aber, daß die Machthaber Deutschlands und Oesterreich-Ungarns diesen Weltkrieg reits leichtfertig, teils mit vollem Bewußtsein entzündet haben.

Der russische und der österreichisch-ungarische Imperialismus stritten um die Hegemonie auf der Balkanhalbinsel. Der Nord von Serajewo gab der Wiener Regierung die erwünschte Gelegenheit zu einem neuen Versuch, Serbien in Abhängigkeit von der Donaumonarchie zu bringen und damit ihre Stellung auf der südosteuropäischen Halbinsel gewaltig zu stärken. Daß Rußland dem Spiel nicht untätig zusehen werde, war klar, aber man wagte es trotzdem, geführt auf den Weisheit des Deutschen Reiches.

Ein Ultimatum wurde überreicht, das nicht angenommen werden konnte und deshalb den Krieg bedeutete. Die Berliner Regierung hatte amtlich keine Kenntnis von seinem Inhalt, wollte sie nicht haben, aber sie billigte die Note unbesehen, von der der Unterstaatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes sagte, sie sei mit Absicht so überpfeffert worden, daß Serbien sie nicht schlucken könne. Sie wollte das Prestige des Verbündeten vermehren helfen.

Sie ließ selbst auf die Gefahr des Krieges mit Rußland hin die Dinge treiben und lebte unter dem Hinweis, daß es sich hier um eine Angelegenheit handele, die zwischen Oesterreich und Serbien allein auszumachen sei, jeden Vorschlag einer europäischen Vermittlung ab. Bis zum 28. Juli weigerte sie sich, in Wien zur Mäßigkeit zu mahnen.

Als dann Bethmann Hollweg sich endlich zu ernsthaften Rückschlüssen entschloß, leistete Wien keine Folge, weil es Grund zu der Annahme hatte, daß das Eingreifen Deutschlands nicht ernst gemeint sei. Erst zwei Tage später willigte es unter verstärktem Druck in Verhandlungen mit Rußland ein.

Inzwischen hatte Oesterreich den Serben den Krieg erklärt, Belgrad bombardiert und Teile des serbischen Landes besetzt. Rußland, das am 28. Juli einen Teil seiner Armee mobilisiert hat, beschloß am 29. die Vollmobilisation, die am 30. proklamiert wird, nachdem der Zar auf sein Telegramm an Wilhelm II., die österreichisch-serbische Angelegenheit möge dem Saager Schiedsgericht überwiesen werden, keine Antwort erhalten hat.

Obwohl Nikolai II. seinem lieben Vetter und Freund in Berlin ausdrücklich versichert, daß seine Armee keine feindlichen Absichten gegen Deutschland verfolge, läßt Bethmann am 31. in Petersburg ein Ultimatum überreichen, in dem die Demobilisation nicht nur an der deutschen, sondern auch an der österreichisch-ungarischen Grenze verlangt wird, und obwohl unterdessen die Verhandlungen zwischen Petersburg und Wien begonnen haben und die russische Regierung Oesterreich-Ungarn das Recht zugestimmt, die von ihm okkupierten Teile des serbischen Gebiets einstweilen als Pausenplatz zu behalten, erklärt Deutschland am Abend des 1. August den Krieg.

Noch heute redet man sich darauf hinaus, daß die Mobilisation eben der Krieg gewesen sei. Das ist eine Lüge. 1909 und 1912 hatte Oesterreich mobilisiert, ohne daß es zum Krieg gekommen wäre. Guter Wille hätte auch jetzt noch das Äußerste abwenden können. Zusammenstöße an der Grenze waren zu vermeiden, wenn man sich auf die Mahnung einigte, die Frankreich tatsächlich erteilte, indem es durch strikte Befehle seine mobilisierte Truppen zehn Kilometer von der Grenze entfernt hielt.

Aber die, die zuerst leichtfertig mit dem Gedanken des Krieges gespielt hatten, waren in Raserei geraten. Jetzt wollten sie den Krieg mit bewusster Absicht.

Der Kriegserklärung an Rußland folgte der Zusammenstoß mit Frankreich. Deutschland hatte von der französischen Regierung nicht nur die Neutralität gefordert, sondern

verlangte als Garantie die Herausgabe der Festungen Loul und Verdun. Auch hier also der zweifelhafte Kriegswille. Als Frankreich auf das deutsche Ansuchen nicht einging, wurde ihm der Krieg mit der absolut richtigen Begründung erklärt, daß französische Streitkräfte deutsches Gebiet verlegt hätten.

Eine Niedertracht löste die andere ab. An die Deutsche gegenüber Rußland und Frankreich schloß sich die Verletzung der belgischen Neutralität, die den Krieg mit England nach sich zog. Die böse Tat gebor fortgehendes Böses. Die Welt trat gegen Deutschland in Waffen. Das Unglück des Volkes ist die Folge der Verbrechen seiner Regierungen.

Das Volk kann sich aus seinem Unglück nur befreien, wenn es seinen Ursprung begreift. Rettung bringt allein der vollständige Bruch mit den Mächten der Vergangenheit, gepaart mit der Einsicht, daß deren verhängnisvolle Politik sich nur aufbauen konnte auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der Wille zum internationalen Sozialismus muß Hand in Hand gehen mit dem Verdammungsartikel gegen Wilhelm II. und Bethmann, gegen Emdendorff und Tappay und alle ihre Handlanger und Trabanten.

Ein angenehmer Typus.

Wir finden, daß dieser Helfferich in letzter Zeit etwas viel von sich reden macht. Herr Erzbürger mag sein, wer er will, und wir sind die letzten, die ihn zu verteidigen haben, aber Helfferich als Aufklärer — das geht nicht.

Helfferich tut heute so, als würde er die wahren nationalen Interessen vertreten. Da muß gelogt werden, daß dieser Mann nie andere als rein materielle Interessen, noch deutscher, Geldinteressen, gekannt hat. Helfferich ist nicht unbegabt. Er war Privatdozent und hatte Aussicht auf eine ziemlich rasche wissenschaftliche Karriere, da seine materiellen Interessen ihn auch theoretisch befruchtigten und er ein für die deutsche Durchschnitts-Nationalökonomie ganz akzeptables Buch über Geld zusammengestellt hat. Helfferich war außerdem Staatsbeamter, sein Lebensunterhalt war also genügend gesichert. Das genigte dem Manne nicht. Er verließ sowohl den Dienst der Wissenschaft, als den Dienst des Staates, und benutzte seine Beziehungen als Beamter, um zur Deutschen Bank zu gehen und Geld zu machen. Seine privaten Geldinteressen standen ihm eben höher als seine wissenschaftlichen und als seine Arbeiten im Dienst der Allgemeinheit.

Das war bekannt und das genügt zur Charakteristik dieses Menschen, der bald Direktor der Deutschen Bank wurde und nachher Direktor der anatolischen Eisenbahnen, wo er jene Bagdadbahnpolitik betrieb, die das Rückgrat der deutschen imperialistischen Politik der letzten Zeit gebildet, und in akuten Gegensatz zu England gebracht hatte und damit eine der Ursachen dieses Krieges geworden ist. Als der Krieg des Imperialismus ausgebrochen war, wurde Helfferich als Exponent des imperialistischen Finanzkapitals Finanzminister und Vizekanzler. Welche Rolle er da gespielt hat, weiß man. Er war der rücksichtslose Vertreter der annexionsistischen Raubinteressen und einer der Hauptschuldigen der Kriegsverlängerung.

Jetzt erzählt man aber noch einiges aus den Anfängen des Mannes. Das „Berliner Tageblatt“ erzählt: Herr Helfferich hat die Beziehungen Erzbürgers zum Thesenkongress zum Anlaß von Angriffen genommen. Bei dieser Gelegenheit dürfte folgender Fall vielleicht nicht ganz uninteressant sein: In der Kera Stübel verhandelte ein Vertreter des Kolonialamtes mit dem Kongress der Deutschen Bank wegen Verleihung des Rentenrechts an die Deutsch-Ostafrikanische Bank, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bank. Es kam zu einer Konzeption, die das Unglaubliche darstellte, was an Konzeptionen je gewährt worden ist. Die Bank erhielt das Recht, unbeschränkt Noten auszugeben, ohne Abgaben oder Garantien dem Reiche zu leisten. Der Vertrag mußte späterhin mit hohen Kosten von der Gesellschaft durch das Reich abgelöst werden. Der

Beamt, der diesen Vertrag abgeschlossen hatte, blieb bald an und ging in eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank. Einige Zeit darauf wurde er dann als Direktor der Deutschen Bank auf. Kaiserlich bekannt nicht der geringsten Zusammenhang zwischen den Verhandlungen mit der Deutschen Bank und der neuen Stellung. Immerhin wurde damals der Vorgesetzene des Beamten mit Recht sehr scharf kritisiert, und in der Affäre des Kolonialamtes mußten hierüber Vermerke zu Protokoll sein. Denn der Kolonialbeamte hieß: Privatdozent Dr. Carl Helfferich.

Daß Helfferich stets nur ein skrupelloser Vertreter rein kapitalistischer Interessen gewesen ist, das hat man schon früher gewußt. Doch er, damals, als er es noch notwendig hatte, auch im eigentlichen Sinne des Wortes korrupt war, das ist immerhin neu, wenn auch nicht überraschendes Detail. Für die Öffentlichkeit ist der Mann wohl für so lange erledigt, bis der Zeitpunkt kommt, wo das deutsche Volk endlich dafür sorgt, daß seine Verberber zur Rechenschaft gezogen werden.

Das Ende der Verfassungsberatung.

Weimar, 31. Juli 1914.

In den heutigen Sitzungen der Nationalversammlung wurde die Beratung der Verfassung weitergeführt. Die Demokraten, die noch in der zweiten Lesung mit aller Macht gegen das ursprüngliche Kompromißangebot hatten, haben sich nunmehr auf ein nicht minder schmachvolles Kompromiß eingelassen, das sich grundsätzlich von dem ersten nicht unterscheidet. Der Gegenwert, der ihnen geboten wurde, sind drei Ministerposten. Um dieser Ministerstellen wegen sind die Demokraten ebenso bereit, die Schale der Kirche auszuliefern, wie es die Rechtssozialisten schon getan haben, und ihre Sprecher, die bei der zweiten Beratung grundsätzlich harte Reden gegen das erste Kompromiß gehalten haben, bemühten sich bei der dritten Lesung das nicht minder schmachvolle Kompromiß eifrig zu verteidigen. Demokratische Grundzüge!

Bei der Beratung des Abschnittes über das Wirtschaftsleben kam es zu einer ausgeglicheneren Debatte über folgenden Antrag der Rechtssozialisten:

„Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sind im Gemeineigentum zu überföhren. Private Regale und Konzessionen sind auf den Staat zu übertragen. Das Nähere bestimmt die Verfassung.“

Während der Abgeordnete Sue eine Rede hielt, die offenbar von dem Bestreben getragen war, Eindruck auf die Versammler zu machen, bei denen Herr Sue sich um jeden Einfluß gebrocht hat, sprach sich der Demokrat Coblenz mit großer Schärfe gegen alle Maßnahmen aus, die auch nur entfernt den Verbot einer Sozialisierung aufkommen lassen. In der Konsequenz dieses Programms gegen den Sozialismus stimmten die Demokraten gegen den Antrag der mit 170 gegen 152 Stimmen abgelehnt wurde.

Die Zustimmung für diese Abstimmung erteilte Genosse Köhnen, als er in kurzen, aber wichtigen Ausführungen das wahre Wesen des Artikkels 162 über die Vertriebskräfte auseinandersetzt, das darin besteht, den Kapitalismus zu verantern und zu verewigen. Genosse Köhnen stellte die klare, unversäulichte Forderung des Rätesystems auf, und zeigte die Kräfte, die sich jetzt in der Arbeiterkassette organisieren, um das Rätesystem zur Durchführung zu bringen. Die bürgerliche Meute heulte auf, als er sie und ihre Politik angeheulte, und die Rechtssozialisten unterstützten die Vertreter des Kapitalismus. Der Präsident Behrendt verpackte seine präsidiale Würde so weit, daß er dem Genossen Köhnen in ironischer Weise sich zu sagen unterstand, daß er hier seine kommunisistische Geheule zu hollen habe. Die Genossen Coblenz und Geyer wiesen diese präsidiale Ueberschreitung zurück und kennzeichneten sie treffend als ein Stück Despotie.

Und auch die deutschen Arbeiter würden sich, wenn ihnen wirklich der Robismachungsbecht in die Stube karrerte, der weltgeschichtlichen Bedeutung des Augenblicks bewußt sein. Mit Nord und Brand ist die Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft da!“

(„Vorwärts“, 28. Juli 1914.)

Der Kriegsprotest des Proletariats.

Die Kriegsheber sollen wissen, daß, wenn der Krieg ausbricht mit allen seinen Leiden und Greueln, die durch ihn verursachten politischen und wirtschaftlichen Krisen mit unerbittlicher Logik dahin führen, die durch den Imperialismus verblendeten Volksschichten aufzureißen und der Sozialdemokratie in die Arme zu führen, die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Sozialismus möglich zu beschleunigen. Trotzdem steht das Proletariat im Namen der Menschlichkeit und Kultur seinen Friedenswillen mit Selbstschalk allem Kriegshebern entgegen.

Ebenso wie das Proletariat der übrigen beteiligten Länder verlangen auch wir mit aller Entschiedenheit, daß sich unsere Regierung nicht nur jeder kriegerischen Einmischung enthalte, sondern alles tut, um die Kriegsurie zu bannen, und zu diesem Zweck gemeinschaftlich mit den anderen Regierungen sofort Schritte zu tun, daß der verderbenschwangere Konflikt schnelligst beilegt wird.

Nieder mit allen Kriegsheberien! Hoch die internationale Arbeiterbewegung!

Resolution der sozialdemokratischen Massenversammlungen in Berlin am 28. Juli 1914.)

Vor der Katastrophe.

Die furchtbare politische Krise hat sich derzeit verschärft, doch schon die nächsten Stunden den Krieg bringen können. Einen Krieg, wie ihn die Weltgeschichte in ihren gigantischen Zusammenstößen noch nicht gesehen hat. Einen Krieg, der ganz Europa in ein einziges Schlachtfeld, ein Riesenschlachtfeld verwandelt muß. Einen Krieg, der für Millionen von Millionen Arbeitslosigkeit, Hunger, Krankheiten und Elend bringen wird... Einen Krieg, der nicht nur zu Lande und zu Wasser geführt werden wird, sondern der auch

Dokumente zum Kriegsausbruch.

Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 25. Juli 1914.

„Noch dampfen die Acker auf dem Vulkan von dem Blute der nach Tausenden Dingemodeten, noch rauchen die Trümmer der zerstörten Städte, verwaunete Dörfer, noch irren hungernde arbeitlose Männer, verwaunete Frauen und verwaunte Kinder durchs Land, und schon wieder schaut sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen. Verurteilen wir auch das Treiben der großserbischen Nationalisten, so fordert doch die fribole Kriegspropaganda der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.“

Das Massenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur klammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegsheber. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübt und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtwort der österreichischen Gewaltthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden...“

Der Aufruf zum Weltkrieg.

„Was man bis zur letzten Stunde für unmöglich gehalten, ist nun zur Tatsache geworden. Die österreichische Regierung hat durch ihren Befehlenden in Belgrad die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abbrechen lassen, weil die serbische Regierung eine ungenügende Antwort auf die österreichisch-ungarische Note gegeben hat. Das bedeutet noch allen Formen des Völkerechts die Kriegserklärung.“

Die eisernen Wästel sollen nun rollen! Die Kriegsurie soll zum Vorschein kommen! Wo der Brand enden wird, weiß niemand sein Recht...“

Hüt das deutsche und für das internationale Proletariat liegen die Verhältnisse völlig klar. Es hat auch in diesem Augenblick, wo auch denn das Schicksallos fällt, keinerlei Ursache, die Hände in den Schoß zu legen. Es hat sich vielmehr über Monsequenzen, die sich aus der jetzigen Lage ergeben, völlig bewußt zu sein. Wenn es jeder deutschen Arbeiterklasse mit der Absicht ernst zusehen ist, den Völkerechten zu erhalten und bedrohliche internationale Konflikte zu verhüten, so hat sie jetzt auf dem Vollen zu sein.“

(„Vorwärts“, 28. Juli 1914.)

Das Unabimliche.

„... Um nichts weniger handelt es sich, als um die Verwüstung des ganzen Festlandes, um die Vertilgung aller Zivilisation, um die barbarische Zerstampfung alles dessen, was seit Jahrzehnten ewig schaffende Arbeit an Kulturwerten aufgedauert hat. Der menschliche Geist kämpft gegen die Vorstellung solch sinnloser Verwüstung ebenso wie gegen den Gedanken, Deutschland hineingerissen zu werden in die Strudel des Weltkrieges. Und doch trennt uns nur eine dünne Wand von feindlichen gieren Wogen...“

Und wofür? Ja, wofür? Die Sterbenden werden es mit bleidem Mund fragen, die der Fagel der Wagnisgewichte selbstbeweise niedergetretet hat den wehrlosen Wätlern, Frauen und Bräuten wird die Frage auf die Lippen treten, denen der Nord aus Wätlern den Schuß, den Gräber, den Wätlern dahingepreßt hat. Wofür? Für ein noch so geringes Interesse des deutschen Volkes? Bewahrt! Weil die A. A. Machthaber in Wien sich durch eine halb brutale, halb läppische Politik innerhalb wie außerhalb ihrer Grenzen eine Serbengefahr angezogen haben, mit der sie leicht anders als durch blinde Gewalttat fertig zu werden vermögen, deshalb sollen die Vöber von Deutschlands Jugend verwickelt fremdem Ader zum Dunge dienen? Ein teuflicher, ein unglücklicher Gedanke, das doch predigt ihn mit Ausnahme der paar Wätlern, die nach einem halbasiatischen Staat wie Oesterreich-Ungarn das deutsche Schwert leihen wollen, die ganze deutsche Presse...“

Der tiefere Sinn aber des Unabimlichen, das uns bedrückt, ist: Die Produktivkräfte ebeltieren gegen die Produktionsverhältnisse, die kapitalistische Unordnung prengt durch eine gewaltige Explosion ihre Formen, eine alte Welt schließt sich zum Sterben an!

Wegen Solun beantragten die Rechtssozialisten namentlich die Wahlprüfung über Artikel 164, der die monarchistische Dynastie von der Präsidentschaft ausschließt. Dieser Artikel wurde tatsächlich mit 198 gegen 141 Stimmen gestrichen. Die royalistische Initiative hat also freies Betätigungsfeld. Die Beratung der Verfassung in dritter Lesung ist damit am Ende. Nun schlägt den Rechtssozialisten das Gemüts. Die Summe der Verräterei, die sie im Laufe dieser Verfassungsberatung begangen haben, ist riesengroß. Um nun wenigstens noch außen hin das Gesicht zu wahren, lassen sie von Herrn Löbe erklären, daß sie nur mit schwersten Bedenken der Gesamtverfassung ihre Zustimmung geben können, und daß sie hoffen, daß die lebendigen Kräfte der Entwicklung stärker sein würden, als papierne Hindernisse. Über diese Verfassung ist das ureigentliche Werk der Rechtssozialisten mit. Um dieser Verfassung willen haben sie ihre parlamentarischen Kompromisse mit dem Bürgertum geschlossen. Ihr schwächlicher Protest am Ende der Verfassungsberatung ist nichts anderes als das Eingeständnis, daß sie bei diesem Kompromiß betrogen worden sind. Als betrogene Betrüger misshandeln sie sich am Ende der Verfassungsberatung selbst. Die Verfassung wird in namentlicher Abstimmung mit 202 gegen 75 Stimmen angenommen.

Die Abstimmung.

Die GesamtAbstimmung über die Verfassung erfolgte namentlich am 20. Juli 1919 in Weimar. Sie ergab die Annahme der Verfassung mit 202 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Die Bankrotterklärung der Rechtssozialisten.

Der Bericht über die Erklärung der Rechtssozialisten am 20. Juli 1919 lautet: Die Beratung über die Erklärung der Rechtssozialisten (Soz.) gibt im Auftrage seiner Partei eine Erklärung ab, wonach verschiedene Abstimmungen im letzten Beratungskomitee, insbesondere die Abstimmung über die Beratungserklärung, die Wirtschaftsräte und die Wahl der Landesherren die Erscheinung eines gegen die Sozialdemokraten stimmenden Bürgerlichen Blocks gezeigt hätten. Die erwähnten Abstimmungsergebnisse erwecken bei den Sozialdemokraten die schwersten Bedenken, gegen die Annahme der Verfassung. Sie erteilen ihre Zustimmung zu der Verfassung nur in dem Vertrauen darauf, daß die lebendige Entwicklung stärker sein wird, als die ihr entgegenstehenden papierernen Hindernisse. (Wahlfälle: Soz., demokratischer Wahlfall b. d. Rechts.)

Vierjährige Wahlperioden.

Was der Donnerstagssitzung ist noch nachzutragen, daß in der Beratung der Nationalversammlung auf fünf Jahre festsetzt, die Wahlperiode der Nationalversammlung auf fünf Jahre erniedrigt wird. Ein Antrag der Rechtssozialisten, die Legislaturperiode auf drei Jahre zu bemessen, wurde abgelehnt. Wenn damit auch die Angelegenheit einer fünfjährigen Wahlperiode aufgehoben ist, so zeigt dieser Beschluß doch die Angst der herrschenden Parteien vor einer baldigen Neuwahl. Ohne Rücksicht auf die doch zweifellos sich oft verändernde Verfassung werden die einmal gewählten Volksvertreter dem Volke vier Jahre lang aufgezogen.

Beratungspause in Weimar.

In den Beratungen der Nationalversammlung wird vom Freitag abend bis zum Donnerstag der nächsten Woche eine Pause eintreten. Die Kommissionen werden jedoch am Mittwoch früh wieder zusammentreten. Es ist dann in Aussicht genommen, bis zum 20. August weiter zu tagen.

Was die Nationalversammlung kostet.

Dadurch, daß die Regierung die Nationalversammlung nach Weimar verlegte, sind dem Reich eine Menge Ausgaben entstanden. Nach Tritten und Schätzern hat die Nationalversammlung bereits 14 Millionen Mark verschlungen. Rechnet

dazu die graufigen Vernichtungsmaschinen der Untersekondos und den Luftkrieg neu, nie geahnte Schrecken über die heimgekehrte Kulturmenschen bringen wir...

Auch die erfahreneren Diplomaten, auch die unterrichteten militärischen Fachmänner, auch die genialen Politiker und Strategen können nicht wissen, wie die Schicksallose fallen werden, und was das europäische Chaos gebiert. Viel wahrscheinlicher ist der Triumph der einen Mächtegruppe über die andere ist ein endloses, unentschiedenes, ungeheuerliches Opfer verschlingendes Ringen, das seinem Ende anders bringt, als namenlose Verbercerung, ein Meer von Blut und Tränen, als die Erschütterung der Massen, die dann unerschütterlich die Frage aufwerfen werden: Wer trägt die Schuld?

Und die Frage wird dann nicht so leibhaftig beantwortet werden, wie jetzt in der trivialen Hochpresse unserer Kriegstreiber. Man wird, wenn aller trügerischer Zauber zerbrochen ist, und die harte Schule der Not die Sinne geklärt hat, die Frage auch zu beantworten wissen!

(Vorwärts, 31. Juli 1914.)

Verhängung des Kriegszustandes.

Am 1. August erfolgte die Verhängung des Kriegszustandes über das gesamte Reichsgebiet. Am demselben Tage ordnete der Oberbefehlshaber in den Marken für Berlin und die Provinz Brandenburg den Belagerungszustand an. Die Verhängung des Kriegszustandes wurde durch diese Verfügungen aufgehoben. Von nun an war das freie Wort unterdrückt, die Stimme der Wahrheit konnte sich nicht mehr Bahn brechen durch die Stachelbüsche und Hindernisse der militärischen Würdenträger.

Nachschrift. Für die letzten Befehle, die über die mutigen, nonkonformistischen Weite erfüllte Sprache des „Vorwärts“ in den Julitagen 1914 im Erlaunen geraten sollten, sei daran erinnert, daß damals noch die alte, radikal-revolutionäre im Sinne war. Nachdem der Belagerungszustand ihre Tätigkeit lähmend hatte, wurde sie im November 1918 unter dem Schutz des Belagerungszustandes vom Parteivorstand hinausgeworfen, und der „Vorwärts“ in jene Skizzen auf ein Redaktionsblatt verbannt, die er heute darstellt.

man die unelastische Hand, die die Welt durchdringt für den Augenblick hat, ferner die Wehrmacht für das verurteilte Verbrechen, so dürfte es rund vier Millionen Mark ausmachen, welche dem Reich bei einer Tagung in Berlin hätten erbracht werden können. Aber was spielen für die Regierung schließlich so ein paar Millionen für eine Rolle. Bei der ungeheuren Belastung des deutschen Volkes fallen sie gar nicht ins Gewicht. — Von 15. August an sollten die Vorstellungen des Weimarer Nationalparlamentes in Berlin stattfinden.

Sie amüsierten sich.

Der Reichskommissar Dr. Bruch hatte zu Mittwoch die Mitglieder des Verfassungsausschusses und Vertreter der Regierung in ein Weimarisches Hotel eingeladen, um die Verhandlung der Verfassungsberatung zu feiern. Es wurden verschiedene Reden gehalten und die Herren legalschönfärbten sich gegenseitig zu der Heiligen und treuen Arbeit, die sie geleistet hätten.

Während man so in Weimar isst und feiert, wird die Unzufriedenheit des arbeitenden Volkes über die politischen Zustände immer größer. Während die Rechtssozialisten mit den Demokraten und Sozialisten sich gefällig amüsieren, läßt man im Anstich zu Weimar eine Handvoll politischer Schutzhaftgefangener hängen.

Aber vielleicht haben die Akteure von Weimar recht, daß sie die Tage ihrer Herrschaft wahrnehmen und sich gefällig verhalten. Wer weiß, wie lange noch?

Nur eine Handvoll.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Gegen, 31. Juli 1919.

Die Erregung innerhalb der Arbeiterschaft über die Vorgänge in Weimar ist so groß, daß der Ausbruch des Streiks im saganer Industriegebiet nicht mehr aufzuhalten ist. Tatsächlich ist ein Teil der Arbeiter heute bereits in den Streik eingetreten.

Weimar, 31. Juli.

Herr Noth hat den Pressevertretern mitteilen lassen, daß die beiden Schutzhaftgefangenen, die den Hungerstreik durchführten, unter strenge ärztliche Kontrolle gestellt worden sind. Es würde eine Prüfung der Lage vorgenommen, ob die Schutzhaftgefangenen entlassen werden können. Mit dieser Prüfung sei Herr Seering beauftragt worden, der sich mit dem General Winter in Münster in Verbindung setzen und nach Weimar berichten soll. Bisher ist erst eine Entlassung vorgenommen worden.

Der „Vorwärts“ setzt seine wüste Hebe gegen die Schutzhaftgefangenen und die Arbeiter, die sich mit ihnen solidarisch erklären, fort. In seiner gestrigen Abendausgabe behauptet das Blatt, daß die linksradikalen den Hungerstreik einer Handvoll politischer Schutzhaftgefangener in Weimar dazu benutzen wollen, um die deutsche Wirtschaft niederzureißen. Das Blatt sieht dann aus der Verantwortung des deutschen Volkes im Ausland den Schuldigen. Die „kleine Streikhebe der Unabhängigen und Kommunisten“ Schuld an der Vertierung der Lebensmittel. Unabhängige und Spartakisten arbeiteten den Lebensmittelhändlern direkt in die Hände, das Schieberium erblicke in ihnen seine Bundesgenossen. Wörtlich schreibt das Blatt:

Diesen Volksrädlingen muß energisch auf den Leib gerückt werden. Der Regierung liegt die Verantwortung für die Existenzfähigkeit des Volkes ob. Sie muß das Volk mit starker Hand gegen alle die tolle Verwilderung und fortgesetzten Verbrechen schützen.

Die rechtssozialistische „Freie Zeitung“ hat in ihrer Donnerstagsausgabe der „Vorwärts“-Redaktion nachgejagt, daß ihr geistiger Horizont ebenso unnebelhaft sei wie ihre journalistischen Kenntnisse mindervollständig seien; das Blatt hat weiter noch zu verstehen gegeben, daß das literarische Handwerkzeug des sozialdemokratischen Hauptorgans meist aus der Hosie aufgelesen sei. Wie brauchen dieser Charakteristik der „Vorwärts“-Redaktion durch seine eigenen Parteigenossen nichts hinzuzufügen, wenn nicht noch feststellen wäre, daß die Handlungsweise des „Vorwärts“ nicht nur arbeiterverräterisch, sondern geradezu gemeingefährlich ist. Wir verlangen von diesem Blatte gar nicht mehr, daß es sich an die sozialistische Firma seiner Partei und vielleicht auch daran erinnert, daß es noch eine Arbeitersolidarität gibt. Das Blatt geht aber in seiner Arbeiterfeindschaft sogar noch weiter als die bürgerliche Presse. Der „Vorwärts“ macht die Regierung kbar, daß sie mit starker Hand gegen die Hungerstreikenden und außerdem gegen alle Arbeiter vorgehe, die sich mit den Schutzhaftgefangenen solidarisch erklären. Es hat allerdings zwei Tage lang zu der Schande von Weimar nichts zu sagen gewagt, weil es noch keine Weisungen von der Regierung und von den Regierungswählern bekommen hatte. Nun aber legt er fröhlich los und drückt eine Meldung der „F. Z.“ ab, die einiges von der „letzten Send“ der Regierung meldet. Der „Vorwärts“ unterschlägt aber, was dasselbe Blatt vom juristischen Standpunkt zu den Vorgängen in Weimar sagt. Die „F. Z.“ erinnert an die Hungerstreik, die in England von politischen Gefangenen geführt worden sind, und führt dazu folgendes aus:

Es ist klar, daß die freie ungehinderte Verweigerung des Häftlings einen Verstoß gegen die Rechtskraft darstellt und niemals einen Anspruch auf Haftentlassung herbeiführen kann. Gabe man jedem Hungerstreiker ohne weiteres nach, so würde der Hungerstreik sofort das Mittel aller Verbrecher, und jede Justiz würde sofort aufhören. Umgekehrt will und darf man aber auch nicht jeden Häftling indirekt mit dem Tode strafen. In England hat man sich praktisch so, daß man den Häftling, der langsam stirbt, entließ, sobald sein Gesundheitszustand lebensgefährlich zu werden drohte, aber ohne den Haftbefehl gegen ihn aufzuheben. Sobald der Beschuldigte sich in Freiheit wieder erholt hatte, wurde er abermals in Haft genommen.

Also selbst dieses bürgerliche Blatt kommt aus juristischen Gründen, nicht einmal aus politischen oder menschlichen, zu der Folgerung, daß die Hungerstreikenden wenigstens vorübergehend zu entlassen sind, sobald ihr Gesundheitszustand lebensgefährlich zu werden droht. Der „Vorwärts“ dagegen fordert die Regierung auf, die „Handvoll politischer Schutzhaftgefangener“ einfach verhungern zu lassen. Was bedeutet dem „Vorwärts“ und seinen Kumpanen auch diese Schutzhaftgefangenen? Es sind ja nur Arbeiter, es sind ja nur „Unabhängige“ oder „Spartakisten“! Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß der „Vorwärts“ und die Rechtssozialisten überhaupt, vor ganz kurzem noch ganz anders über Demokratie, Gerechtigkeit und ähn-

aus die Unerschreibbar, des Friedensvertrages soll davon geteilt werden, daß das kapitalistische Bürgertum in Gemeinschaft mit den Rechtssozialisten nicht dazwischen billigen wollte, daß Wilhelm II. und die anderen Kriegsschuldigen der Entente ausgeliefert werden sollten. Um der „nationalen Ehre“ willen wollte diese Partei damals das ganze Land der Vermittlung durch einen neuen Krieg und dem vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegenführen. Das nannte man damals Gerechtigkeit. Jetzt aber fordert die Gerechtigkeit der Rechtssozialisten, daß man die politischen Gefangenen verbürgern läßt und mit „starker Hand“ gegen alle Arbeiter vorgeht, die ein anderes Empfinden für Gerechtigkeit haben!

Gegen die Verhaftung von Marx.

Uns wird folgende Erklärung zugesandt:

Die Ortsverwaltung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der erneuten Verhaftung des Kollegen Marx vom Allgemeinen Deutschen Beamten-Verband. Sie empfindet diese Maßregel als nicht nur gegen die Beamtenbewegung, sondern gegen die Angehörigenbewegung überhaupt gerichtet. Das übermächtige Unternehmertum will durch Unterdrückung ihrer Führer die Arbeiterbewegung zurückdrängen und unterdrücken. Die Ortsverwaltung erhebt daher gegen diese Maßregel schärfsten Protest. Sie verlangt von der Staatsanwaltschaft eine genaue Darstellung der Gründe für die Verhaftung des Kollegen Marx. Die Besichte der bürgerlichen Presse in dieser Angelegenheit kennzeichnen die Ortsverwaltung als böseartige Stimmungsmache.

Die Gewerkschaftskommission wird Stellung nehmen müssen zu den vorerwähnten Verhaftungen von Führern der freigevochtlichen Organisationen.

Ortsgruppe Weimar des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen.

Sitzung des Volksgenrats.

Der Volksgenrat hielt am 31. Juli 1919 eine Sitzung ab in der insbesondere zu dem jetzt vorzunehmenden Neuaufbau und den Neuwahlen der Arbeiterräte Stellung genommen wurde. Zur Durchführung der hierzu notwendigen Arbeiten, wie der Wahlbestimmungen usw. wurde eine Kommission, bestehend aus den beiden Parteien der U. S. P. und N. P. D. zusammengesetzt. In dieser Kommission ist außerdem die Gewerkschaftskommission durch weitere drei Mitglieder offiziell vertreten.

Infolge der Auflösung der alten Heeresformationen sind die Aufgaben des militärischen Ausschusses des Volksgenrats erledigt, dieser hat mit dem heutigen Tage seine Tätigkeit eingestellt. Ein militärischer Ausschuss existiert nicht mehr. Der von dem gelben Volksgenrat ins Leben gerufene militärische Ausschuss ist als eine gelbe Schöpfung zu betrachten.

Nach wiederholten eingelaufenen Beschwerden nahm der Volksgenrat Entschluß zu den immer mehr in einzelnen Betrieben bestehenden Unzufriedenheiten, die entstehen, wenn Arbeiter und Angestellte doppelte Einnahmen haben, in Folge einer Lebensveränderung in eigenem Betriebe oder Geschäft. Die Arbeiterräte werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß die geringe Arbeitsmöglichkeit nicht noch weiter durch solcher Spolierung beeinträchtigt wird.

Ein Weisbuch.

Weimar, 31. Juli.

Ein Weisbuch über die Vorgesichte des Waffenstillstandes ist heute in Weimar durch die Regierung zur Ausgabe gelangt. Das Weisbuch enthält alle Aktenstücke aus der Zeit vom 14. August bis 11. November 1918, soweit sie sich auf das Friedensangebot vom 8. Oktober und auf das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November beziehen.

Das Weisbuch gibt die Beratungen und Verhandlungen wieder, die zwischen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung stattgefunden haben, nachdem man auf Grund der militärischen Umkehrungen im Juli und August 1918 zu dem Entschluß gekommen war, daß der Feind trotz der gewaltigen Leistungen der deutschen Heere durch einen Sieg nicht mehr zum Frieden genötigt werden konnte.

Neber die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete findet am 1. August in Berlin eine Beratung der beteiligten Behörden statt. Die Entente hat in einer Reihe von wesentlichen Punkten dem deutschen Standpunkt Rechnung getragen, die Verhandlungen über andere Punkte sollen in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden.

Der funktentelegraphische Verkehr nach den Vereinigten Staaten von Amerika ist wieder aufgenommen worden. Die Vorgesichte beträgt jetzt mindestens 3,60 Pf. für das Wort. Wenn der Mark-Kurs sich bessern sollte, sollen die Gebühren entsprechend heruntergesetzt werden.

Die Arbeiten zum Bau neuer Verkehrswege in Ostpreußen, wie des maritimen Schiffsverkehrs, sollen nach einer offiziellen Mitteilung nicht einstellt, sondern planmäßig weitergeführt werden. Nur der Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften sowie die hohen Preise hätten die Arbeiten bisher gehemmt.

Die Frühharstfelernte. Offiziell wird mitgeteilt, daß entgegen einer Vätermeldung an eine Freilage der Kartoffeln nicht zu denken sei. Bisher konnten nennenswerte Vorräte nicht durchgeföhrt werden, weil die Ernte noch nicht in vollem Umfang eingelegt habe. Ueberflüsse seien nirgends vorhanden.

Ledebour

vor den Geschworenen

41. bis 50. Tausend
gelangt heute zur Ausgabe

Preis 75 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW 9
Abteilung Buchhandel, Schönbauerdamm 19

Die französischen Sozialisten und der Frieden von Versailles.

Die Tagung des Nationalrates der französischen sozialistischen Partei am 14. und 15. Juli war von enormer Bedeutung für die sozialistische Internationale. Beschlossen wurde auf ihm unsere französischen Genossen mit einer Mehrheit von 1420 gegen nur 54 Stimmen bei 501 Stimmenthaltungen die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles abzulehnen. Dieser Beschluß fand seine ausführliche Begründung in einer von Daniel Renoult eingebrachten und zur Annahme gelangten Tagesordnung, die die Stellungnahme der französischen Sozialisten zu den einzelnen Bestimmungen des Vertrages ausführlich darlegte. Dies Dokument ist von außerordentlicher Bedeutung, und zwar nicht nur seines historischen Wertes wegen, sondern vor allem deshalb, weil es in grundlegendender Weise das Verhältnis der französischen Sozialisten zu den deutschen Sozialisten, und allen Fällungsversuchen der rechtssozialistischen Presse zum Troz den grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt der französischen Partei in der Friedensfrage zum Ausdruck bringt. Wir geben die Tagesordnung Renoult daher im folgenden in ihrem Wortlaut wieder:

Im Augenblick, da die bürgerliche Regierung versucht, die öffentliche Meinung zu betäuben und zu verwirren, um sie die Million hunderttausend Toten vergessen zu machen, und um die Bürger zu hindern, über die Verantwortung für den Krieg und über die Friedensbedingungen ein vernünftiges und überlegtes Urteil sich zu bilden, hat die sozialistische Partei die Pflicht, ihre Ansicht über den Vertrag von Versailles mit der größtmöglichen Klarheit zu formulieren.

Die Unfähigkeit einer kurzlebigen Politik könnte ihr den Mut geben, sich einer List zu bedienen, und zu einer zweideutigen Erklärung ihre Zuflucht zu nehmen.

Aber die Rolle der sozialistischen Partei, die völlig entgegensteht derjenigen der bürgerlichen Parteien, die nur das eine Ziel haben, auf alle mögliche Weise sich die Volksstimme zu erziehen, ist es, jedes politische oder wirtschaftliche Ereignis im Lichte ihrer Prinzipien zu prüfen und sich immer von der durch die Bourgeoisie getäuschten Menge auf die Arbeiterklasse zu berufen, die endlich durch die Idee des Sozialismus erleuchtet und ihrer selbst bewußt geworden ist.

Es geschieht also in Übereinstimmung mit ihren unumwandelbaren Prinzipien, mit ihrer zur Wahrheit gewordenen Lehre, daß die sozialistische Partei vor dem ganzen französischen Volk und vor der ganzen Internationale den Friedensvertrag von Versailles verdammt und sich von ihm abwendet.

Dieser Vertrag, der entstanden ist, durch den skandalösen Mißbrauch, den die Geheimdiplomatie jemals getrieben hat, der ganz offen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker verleiht, der ganze Nationen in rechtliche Sklaverei führt, der über all neue Kriegsbedrohungen herbeiführt, der schließlich von Gewaltmaßnahmen gegen alle freiheitlichen Bewegungen begleitet ist — nicht nur in Rußland und Ungarn, sondern in allen Ländern der alten habsburgischen Monarchie, im ganzen Orient und in Deutschland — dieser Vertrag kann in seinem einzigen Absichte die Zustimmung eines Sozialisten bekommen.

Der Vertrag widerspricht außerdem den wahren Interessen Frankreichs. Denn er ist ihm überall schädlich und Konflikte aller möglichen Art und gerade durch das Bedenken der den besiegten Ländern auferlegten Lasten wird er besonders auch um die Wiederherstellung bringen, auf welche es ein Recht hätte.

Territoriale Fragen.

Die sozialistische Partei brandmarkt als eine der heftigsten Unternehmungen der Tyrannei in der ganzen Geschichte das Attentat, welches durch die vier Säulen der kapitalistischen Staaten gegen das Völkerrecht begangen ist, indem jene in gewisse Beschlüsse außerhalb jeder Kontrolle durch Volksernennungen willkürlich über ungeheure Völkerverstümmelungen verfügt haben.

Die Partei beklagt zur Ehre des französischen Volkes, daß gerade aus solchen Verbrechen sich die eine Wiedergutmachung heraushebt, welche dem französischen Staat die beiden Provinzen wieder gibt, die ihm im Jahre 1871 durch den preussischen Imperialismus entzogen worden sind. Mit dieser Angelegenheit die Partei die ehre Stillehung der sozialistischen Bewegungen von Eisig-Beziehungen, die zu gleicher Zeit, da sie die von der Bevölkerung ihrer Länder empfundene Freude zu tun, wieder zerstören zu werden, gleichzeitig gegen die Ungeheuerlichkeiten protestieren, die der Vertrag gegen das deutsche Volk enthält.

Wenig wie im Jahre 1871 die deutschen Sozialisten und der Rat der Internationale gegen die Umverteilung Polens, Litauens in das deutsche Kaiserreich protestiert haben, ebenso müssen heute die französischen sozialistische Partei und die Internationale gegen die verheerliche Annexion des Saarbeckens, gegen die Aufteilung des deutschen Kolonialreiches unter die Alliierten, gegen die offenkundige Verletzung des Völkerrechtes in Preußen Ostpreußen protestieren.

Ohne erst abzuwarten, daß die Eingestanden der Sozialisten bekannt werden, welche Deutschland, jenseits von den alten Grenzen der Österreich-ungarischen Monarchie geschaffenen neuen Staaten, welche Bulgarien und die Türkei anverleibt worden, ohne herner erst abzuwarten, daß die territorialen Pläne enthüllt werden, welche den Kriegskrieg der kapitalistischen Führer der Entente gegen die russische Revolution begleitet, kann die französische sozialistische Partei schon jetzt behaupten, daß das Recht überall verleiht ist, daß die Sieger über Völker bestimmen, gleich als wenn sie Herden wären, und sie muß gegen die Gesamtheit dieses Werkes, ganz gleich, ob es bereits fertig oder erst von der alliierten Annexion angefangen ist, das schärfste Besatzungsurteil aussprechen.

Die Partei muß ferner den Völkern die Gefahren aller Art vor Augen führen und die Kriegsbedrohungen, welche dieses Bündnis herbeizubringen werden.

Mit Recht und mit der richtigen Hoffnung, in den feindlichen Staaten Unruhe hervorzurufen, haben die alliierten Regierungen sich zwar auf das prinzipielle Recht der Nationalitäten

berufen. Aber anstatt eine lokale Anwendung des Völkerrechtes zu versuchen, haben die Sieger ihm fast überall die Weidast entgegengekehrt, besonders in den — wie in Ungarn — die Forderungen des Rechts von einer Bewegung begleitet waren, welche auf die lokale Emanzipation hingewirte. So haben sie schließlich ganz Europa in eine Situation der Unbeständigkeit und der Rivalität geführt, welche bisher nur auf dem Balkan bekannt war, und welche die eigentliche Ursache des Weltkrieges gewesen ist.

Die sozialistische Partei hat die Pflicht, wie sie es auf Ihren letzten Parteitagen getan hat, das französische Volk deutlich auf die gefährlichen Illusionen hinzuweisen, welche in dieser Hinsicht aufgestellt wurden, und zu erklären, daß man unmöglich glauben könne, daß das kapitalistische Regime — das die vornehmlichsten Rechte der menschlichen Persönlichkeit verleiht — jemals die Rechte nationaler Gemeinschaften wachhalt respektieren könne. Allet, so hat die Partei es ausgesprochen und unterstützt von dem Tagessen oft wiederholt, allein die Herbeiführung des internationalen Sozialismus, die jede Injustiz zur Gewalt unterwerft, kann jeder Volksgenossin ihre freie Entwicklung zusichern.

Der Völkerbund.

Die sozialistische Partei muß ferner daran erinnern, daß sie in denselben Beschlüssen und aus analogen Beweggründen dargelegt hat, daß die Schaffung eines wahren Völkerbundes unter einem kapitalistischen Regime unmöglich ist.

Die Idee, den Frieden auszugeben, aus ihm für die kapitalistischen Klassen der siegreichen Staaten den höchstmöglichen Profit herauszugiehen, muß sich notwendigerweise den Führern dieser Staaten, die von der maßgebenden Klasse abhängig sind, aufzwingen. Ebenso werden die Regierenden durch die Gewalt der Tatsachen gezwungen, den Sieg auszugeben, um die Herrschaft ihrer Klasse zu befestigen, und insbesondere davon ihren Augen zu geben, um zu versuchen, die Revolution der Arbeiter und der Bauern zu verhindern.

Das ist der Doppelcharakter, der sich hier in dem Völkerbunde der Entente zeigt, ein zweifaches kapitalistischer und konterrevolutionärer Charakter.

Dieser Bund, dessen erste die Laten von einer Verletzung des Rechts begleitet sind, dessen Opfer selbst zahlreiche Staaten der Alliierten sind, wie z. B. die chinesische Republik, die auf Kosten Japans ihrer Provinz Schantung beraubt wird, der die skandalöse Teilung der deutschen Kolonien zu verdanken sucht, der sich bemüht, die englische Herrschaft über das ägyptische Volk anzuerkennen und der, wie ehemals die heilige Allianz gegen die Völker, welche ihre vollkommene Freiheit sich zu verschaffen suchten, die hoffnungslosesten konterrevolutionären Unternehmungen ins Werk setzt, dieser Bund ist nicht anders als die Fiktion des Völkerbundes, der während des Krieges dem französischen Volk versprochen wurde, um seine Kriegslast aufrecht zu erhalten.

Die sozialistische Partei weiß die Waise von dieser Scheinheiligkeit herunter und enthält die Gefahr, sie konstatiert außerdem, daß entgegen den feierlichen Versprechungen der erdöhrte Völkerverbund nicht die geringste ernsthafte Herabsetzung der Rüstungen bringt. Sie weiß das französische Volk darauf hin, daß in Ausführung der Bedingungen des Vertrages und der dargelegten militärischen Befehle gerade Frankreich es sei, das am meisten unter den Nachwirkungen des Krieges zu leiden und daß es in dieser Hinsicht die erdrückendsten Lasten zu tragen haben werde. Dort, wie anderwärts, vernachlässigen sich die hohen menschlichen Interessen des Sozialismus mit dem unmittelbaren nationalen Interesse.

Finanzielle und wirtschaftliche Fragen.

Die französische sozialistische Partei stellt in den wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Vertrages dieselbe Verletzung der Interessen Frankreichs gleichzeitig mit denen der allgemeinen Grundzüge der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit fest.

Die Partei erklärt von neuem, daß das deutsche Volk, wie groß auch immer sein Verstum gewesen sein mag, nicht verantwortlich ist für das Verbrechen seiner ehemaligen Herrscher, ebenso wenig verantwortlich, wie es das französische Volk ist für die Verbrechen seiner nationalsozialistischen Führer, der Organisatoren der marshallischen Eroberungen — deren unheilvolle Folgen für den Weltfrieden Jaurès so oft vorhergesagt hat — und der Millionenparten Werkzeug des Sozialismus in dem internationalistischen Konflikt.

Die Partei wiederholt, daß die französische Republik der deutschen Republik einen ehrenhaften und gewissen Frieden schuldet.

Dieser Friede wäre der beste Garantie für die von der Bevölkerung der vertriebenen Gebiete gelebte Wiederherstellung gewesen, der Bevölkerung, deren durch die Ineffizienz der Regierung noch weit gesteigerte Leiden die sozialistische Partei voll empfindet.

Zum Nachteil dieser Bevölkerung und zum Nachteil der Opfer die einer unmittelbaren Hilfe am dringendsten bedürfen, läßt es aus, daß eine von einem ebenso skandalösen wie unbedeutenden Nationalismus geleitete Regierung das Unrecht begeht, die Hilfe dieser Bevölkerung bis zum Absurdität zu treiben.

Die Begünstigung der Wiederherstellung auf die durch den Krieg verursachten materiellen Schäden war die Bedingung für eine rasche und wirksame Hilfe für die am schwersten heimgesucht Bevölkerung. Indem man die Forderungen an Deutschland ohne jedes Maß beschneidet, hat man in der besagten Angelegenheit den Kriegskrieg vermindert, den Frieden nicht wieder erhalten kann.

Die sozialistische Partei läßt sich dem solchen Patriotismus der alliierten Völker die fälsche Verantwortung, die sie übernommen haben.

Was die wirtschaftliche Regelung anbetrifft, so stellt die Partei fest, daß der Geist der Knospe und des Kampfes für den Weltfrieden — die kapitalistischen Standeshäuser der Alliierten angeleitet hat. Die Partei erklärt, daß die kapitalistische Klasse sich anschließt, in Europa, in den Ländern des Orients und in den Kolonien die Hauptrolle in Beziehung zu nehmen, die den Angehörigen der besiegten Nationen oder den besiegten Staaten selbst entzogen werden sind.

Auf diese Weise wird Deutschland nicht nur nicht alle Kriegskosten bezahlen, wie man es mit unzähligen Lagen angekündigt hat, sondern das arbeitende Volk Frankreich, das durch seine heutigen Opfer erschöpft und durch seinen materiellen Niedergang zu Boden gedrückt ist, wird sich bald einer verheerenden finanziellen Situation gegenübersehen.

Der Friedensvertrag und der Sozialismus.

Aus diesen Gründen verwirft die französische sozialistische Partei den Friedensvertrag und gibt ihren Vertretern in der Kammer den ausdrücklichen Auftrag, gegen den Vertrag zu stimmen.

Die Partei erklärt, daß dieser ungerechte wirkungslose Vertrag keinesfalls endgültig sein kann, ebenso wenig wie der Frieden, den dieser Vertrag, der unter Verletzung des Rechts der Völker und durch gegenrevolutionäre Gewalt zustande gekommen ist, nicht von Dauer sein wird.

Die Partei versichert vor dem Lande, vor der Internationale und vor der Geschichte, daß der Vertrag von Versailles nicht nur einer teilweisen Revision bedarf, zu welcher übrigens die Partei eintritt, sondern auch einer vollständigen Umänderung.

Dieser Vertrag ist das Werk der kapitalistischen Klasse. Die Arbeiterklasse aber muß den Vertrag zerbrechen, um an seine Stelle das große Werk des Völkerfriedens zu setzen.

Die sozialistische Partei Frankreichs antwortet auf den Ruf der wahren deutschen Sozialdemokraten, der Sozialdemokraten, die gegen den triumphierenden Kaiser ihren heldenhaften Protest haben erheben lassen. Ebenso wie sie erklärt, die französische sozialistische Partei, daß das Werk der Gerechtigkeit erst dann vollkommen erfüllt werden kann, wenn die Arbeiter Frankreichs und Deutschlands zur Macht gelangt sind und sich über die neuen Grenzen hinweg die brüderlichen Hände reichen werden.

Die Partei sendet ihren Gruß alle den Völkern, die den Friedensvertrag von Versailles unterdrückt und die die Liga der kapitalistischen Staaten der Entente bekämpft.

Allen diesen Völkern, welche in verschiedener Weise die Opfer dieses Vertrages sind, sendet die Partei den Ausdruck ihrer warmsten Sympathie. Den Revolutionären Ungarns und Rußlands, dessen Siege über die von der Entente besiegten aber gebundenen Herden sie begrüßt, erneuert sie die Versicherung ihrer Solidarität.

Die Partei sendet ihren Gruß allen den Völkern, die den hergestellten und in ihrer Kraft wieder hergestellenden Internationale ohne Jagen gemäß den Kampfbedingungen, die die Ereignisse zulassen werden, den revolutionären Kampf führen gegen die kapitalistische Gesellschaft, welche durch das Verbrechen des Krieges zum Tode verdammt ist.

Verhandlung der Delegierten.

Köln, den 20. Juli.

2. Verhandlungstag.

Der zweite Tag brachte die Fortsetzung der Diskussion zum Gesellschaftsbericht, in der zunächst Kaspar, Berlin, die Kriegspolitik der Generalkommission und den „Siegeswillen“ des Bundesvorsitzenden scharf geißelte. Womöglichst jetzt sollten die Führer zur Befähigung kommen, und den für die Arbeiterklasse verheerlichen Weg verlassen. Kollegin Verba Thiel, Leipzig, betonte, daß die Gewerkschaftsführer im August 1914 ihnen wahreren Charakter gezeigt hätten. Der Burgfriede war der Streik für jegliche Lohnbewegung, an die Frauen hatte man sich durch Aufhebung der Schutzbestimmungen besonders beschäftigt. Wir brauchen den einheitslichen Klassenkampf auf internationaler Grundlage. Kollegin Lucie Krzymir, Berlin greift den Bundesvorsitzenden seiner selbstherrlichen Handlungen wegen an. Hölzel, Berlin will die Politik nicht in die Gewerkschaft getrieben wissen, und wendet sich darum gegen die Resolution der Opposition. Es ist als Vertreter der Generalkommission führte an: Für das Disziplinierung sei er der Reichstagsfraktion dankbar. Ein Mist sei es, daß nicht schon nach 4 Monaten der Krieg beendet wurde. Sonst hätten wir eine Amovorenentscheidung wie nie zuvor. Glauben wir die wirtschaftliche Revolution durch, so können wir in enge Verlegenheit (ökonomische Notstande von beiden Richtungen). Wir müssen uns mit den Sozialisten des Gewerkschaftsverbandes abgeben, wenn wir ernst genommen werden wollen. Entschließen wir uns für die Resolution der Ainer, so bedeutet das eine Spaltung der Gewerkschaft. Frau München ist der Meinung, daß die Politik aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgehen muß, weil sich bei Richtungen gegenüberstellen. H. A. n. o. n. Berlin will darauf hin, daß die politischen Auseinandersetzungen nicht zu verstanden sein. Weiter sprechen für die Opposition W. a. b. a. Stuttgart, Klein, Heilbronn, Hölzel, und Thielheim, Leipzig, Helene Haase, Würzburg betonte, daß es gerade für die Ainer wichtig sei, daß es gerade für die Ainer wichtig sei, wenn die Gewerkschaften wieder im Stand des Klassenkampfes umgestellt wird. Die Befreiung des Sozialismus kann nur durch die Beseitigung des Sozialismus erfolgen (Kampf). Darauf wurde die Diskussion geschlossen und die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Gewerkschaftliches.

Die Stellung der Arbeitlosen zum Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Wolffere hat Besuche Arbeitlosenvereinigungen besucht sich gelassen mit dem Problem des Wiederaufbaus in Nordfrankreich, sowie mit der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage vom Standpunkt der Arbeitlosen aus. Nach lebhafter Diskussion wurde einstimmig eine Erklärung von dem folgenden Inhalt abgegeben:

Es ist den Arbeitlosen nicht unbekannt, daß, seitdem sich die Regierung zur Beteiligung am Wiederaufbau verpflichtet hat, ein gewisser Teil von Unternehmern unter dem Deckmantel der bereitwilligen Hilfe den Moment auszunutzen will, um ein neues Ausbeutungsgelände in die Hände zu bekommen. Die Arbeitlosen verstehen sich nicht, daß dieses Unternehmen den Kapitalisten Vorkommen wird, und werden sich durch kein Mittel zum Ausbeutungszweck machen lassen. Einem Rufe zur Widerarbeit kann von den Arbeitlosen nur gefolgt werden, wenn folgende fünf Forderungen erfüllt werden:

1. Volle Anerkennung der Arbeiterräte der Arbeitlosen als die wirtschaftlichen und politischen Vertreter derselben.
2. Alle Lebensfragen wirtschaftlicher sowie politischer Natur sind in besonderen Kommissionen zu erledigen unter Beteiligung der Arbeiterräte der Arbeitlosen.
3. Aufnahme von Verhandlungen mit dem Protektorat in Belgien, Spanien und den Niederlanden.

7. Übernahme der Arbeit in eigene Regie unter dauerhafter Ausschaltung der Unternehmer.

8. Pünzliche Stellung der Arbeiter bei Lösung dieser Fragen. Eine ähnliche Stellung nahm am 23. Juli die in Karlsruhe tagende Landeskonferenz der Erwerbslosenräte und Notstandsarbeiterkommissionen Badens, Hessens und Westfalens ein.

Weiterhin wurden mit Zustimmung an die Regierung die folgenden Forderungen gerichtet: Aufhebung des Belagerungszustandes und sofortige Haftentlassung aller politisch Verfolgten. Aufnahme der Beziehungen mit Sowjet-Russland und Ungarn. Einstellung aller Verhaftungen gegen die heimkehrenden Kriegsgefangenen wegen Hoch- und Landesverrats, sowie tatkräftige Maßnahmen gegen die Mietzahlungsnot der Arbeitslosen und sofortige Auszahlung der erhöhten Zuschüsse für Frauen mit rückwärtiger Kraft.

Der Straßenbahner-Schiedspruch.

Der Hauptanspruch beschäftigte sich am Mittwoch mit der Entschädigungsbeihilfe an die Straßenbahner im Verwaltungsgebäude der Großen Berliner Straßenbahn. Bekanntlich sind den Straßenbahner bei den Einigungsverhandlungen, die zum Abbruch des zweimonatigen Streiks führten, je 300 M. vorschussweise gezahlt worden für den Fall, daß der Hauptanspruch die Notwendigkeit einer Entschädigungsumme befehlen sollte. Nach einstündigen Beratungen wurde ein Schiedspruch gefällt, der fünf Punkte umfaßt. Wesentlich sind die Punkte 3-5, in denen folgendes ausgesprochen wird:

Was die Bewilligung einer Wirtschaftsbeteiligungsbeihilfe anbelangt, so hat der Hauptanspruch unter Abwägung aller in Frage kommenden Verhältnisse die Ueberzeugung gewonnen, daß der Anspruch auf eine solche dem Grunde nach gerechtfertigt ist. Ueber die Höhe der Wirtschaftsbeteiligungsbeihilfe gingen die Ansichten des Hauptanspruches zunächst auseinander. Zur Erzielung eines einmütigen Spruches ist es jedoch schließlich möglich gewesen. Einmütig ist dahin zu erzielen, daß die Höhe der einmütigen Wirtschaftsbeteiligungsbeihilfe auf 300 M. festgesetzt wird. Der auf Grund des Vergleiches vom 12. Juli d. J. gezahlte Betrag von 30 M. nachzutragen, vielmehr ein weiterer Betrag von 30 M. nachzutragen. Ferner wird, daß die Beihilfe auch dem technischen Personal bewilligt wird.

Die durch Spruch des Hauptanspruches vom 24. Juni d. J. und vom heutigen Tage getroffene Regelung sollen bis zum Ablauf des Tarifvertrages gelten.

Wesentlich der Hochbahnangelegenheiten hat der Hauptanspruch die Ueberzeugung gewonnen, daß die im Juni d. J. gezahlte Beihilfe nur unter der Voraussetzung gegeben worden ist, daß sie auf etwa später zu gewährende Beihilfen anzurechnen ist. Soweit also die Hochbahnangelegenheiten bereits Beihilfen erhalten haben, die den Betrag von 300 Mark erreichen, sind weitere Beträge nicht zu zahlen, dagegen soll ihnen das Mehrerhaltene bleiben.

Generalversammlung der Sattler.

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Porteuillier, die am Donnerstagabend in Voelkers Resthause stattfand, hatte einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erstattete Kollege Blume den Bericht vom Gewerkschaftsstand. In einleitenden Ausführungen schilderte der Redner die Arbeiten des Kongresses unter objektiver Würdigung des Richtungsstreits innerhalb der Gewerkschaften. Seine Berichterstattung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt, die Versammlung erklärte sich also mit der Haltung ihres Delegierten, der die Opposition vertrat, einverstanden. Der Vorsitzende Gottschalk verbreitete sich dann noch über den abgelaufenen Lohnkampf in der Kleider- und Textilindustrie. Er schilderte die Bestrebungen zur Schaffung eines Richttarifs für diese Branche, gegen den sich besonders die Offenbacher Lederfabrikanten aussprachen, während die Berliner Fabrikanten dem Reichstarif sympathisch gegenüberstanden. Trotzdem scheiterten die Verhandlungen wegen mangelnden Entgegenkommens der Unternehmer in den Fragen der Zusammenarbeit und des Zwischenmeisterstems. Als darauf die Berliner Kollegenschaft mit den Unternehmern in Verbindung trat, gerieten sich auch hier die Verhandlungen und der Kampf ankam. Demobilisierungsausschuss und Volksguard wurden angerufen. Aber auch die Verhandlungen vor dem Demobilisierungsausschuss führten zu keinem Ergebnis, da die Unternehmer ebenfalls wieder in der so wichtigen Zusammenarbeit keine Entgegenkommen zeigten. Darauf wurde der Schiedsrichterausschuss angerufen und dieser fällte einen Schiedspruch, welcher besagt, daß der Zuschlag auf die Grundlöhne statt 30 Proz. vom 1. Juli 1919 auf 40 Proz. erhöht wird, daß für die Teilnehmer die alten Bestimmungen weiter gelten, daß sämtlichen Arbeitern ein Urlaub von 4 Werktagen gewährt werden soll, daß die aus Anlaß des Streiks vorgenommenen Kündigungen und Entlassungen wieder rückgängig gemacht werden. Die Brandenburger Versammlung der Reichstextilbranche hat diesen Schiedspruch angenommen, trotzdem er sehr ungünstig für die Arbeiter ausgefallen ist. Der Referent machte darauf aufmerksam, daß der Geist der streikenden Kollegen sehr viel zu wünschen übrig gelassen habe. Die Reichheit der Versammlung billigte das Verhalten der Kollegen der Reichstextilbranche nicht und hätte erwartet, daß diese etwas besser im Kampfe ausgehalten hätten, bis eine befriedigende Lösung des Streikfragen erfolgt sei.

Der Schiedspruch des Zentralausschusses in Sachen der Tarifverhandlungen der Groß-Berliner Gemeinden mit ihren Arbeitern ist von den beteiligten Gemeinden angenommen worden.

Da auch die Vertreter der Arbeitnehmer erklärt haben, daß ihre Forderungen (die städtischen Arbeiter) den Schiedspruch billigen würden, so ist nunmehr zwischen den Parteien eine Einigung auf der Grundlage des schon mitgeteilten Schiedspruches erzielt worden.

Groß-Berlin.

Verstoß gegen das Verbot des Altwarenhandels.

Eine Bekanntmachung der Regierung vom 23. Dezember 1918 verbietet u. a. auch den privaten Handel mit Altkleidern, worunter auch Schuhe und Stiefel zu verstehen sind. Zu welchen unternützigen Strafverfolgungen diese Verordnung führt, darüber schreibt uns ein Leser folgendes:

„Ich habe vor ungefähr die 14 Monate für meine 15jährige Tochter, deren Schuhzeug vollständig heruntergerissen war und die Neuananschaffung auf Bezugschein bis heute noch nicht erfolgen konnte, durch ein Inserat in der „Neuföhr. Ztg.“ ein Paar getragene Stiefel gekauft. Da diese für meine Tochter zu groß waren, inserierte ich in derselben Zeitung und verkaufte die Stiefel für denselben Preis. Auf Grund dieser Annonce erhielt ich als Vater einen Strafbescheid über 3 M., plus 1,20 M. Gerichtslosten, weil ich mich gegen die §§ 9 und 20 der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1918, welche den An- und Verkauf von Altkleidern verbietet, verstoßen habe.“

Sonderbarerweise scheint gerade das Neuföhrer Postgepräbium die Stelle zu sein, welche diese Anzeigen an die Staatsanwaltschaft richtet; wenigstens ist uns aus einer anderen Gemeinde kein solcher Fall bisher bekannt geworden, aus Neuföhr aber schon mehrere.

Es ist aber kaum anzunehmen, daß mit der betreffenden Verordnung solche Fälle getroffen werden sollten, wie der hier in Frage stehende, sondern es sollte wohl nur verhindert werden, daß gewerksmäßig Händler den Handel mit neuen und gebrauchten Kleidungsstücken weiter trieben. Hier handelt es sich aber um Privatpersonen, die ein Kleidungsstück, das sie nicht verwenden können, los zu werden möchten. Wenn die Kleiderverwertungsstelle nicht so schlechte Preise zahlen würde, dann würden die Besitzer solcher überflüssigen Sachen sie dort hingetragen. Aber leider bekommt man dort so wenig dafür, trotzdem beim Wiederverkauf meistens der Verwertungsstellen ziemlich hohe Preise verlangt werden, daß niemand geneigt ist, dort Sachen zum Kauf anzubieten; sie suchen daher auf einem anderen Wege die Gegenstände, die sie nicht gebrauchen können, los zu werden. Darin können wir nichts Schlimmes erblicken und finden deshalb eine Bestrafung solcher Personen ungerath.

Man hat aber das Gefühl, als ob die Behörden zeigen wollen, daß sie noch da sind, und da sucht man sich ausgerechnet solche Fälle aus, wodurch niemand geschädigt wird. Derselbe Eifer gegenüber den großen Schiebern würde im Volke mehr Verständnis finden.

An die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins!

Der Arbeiter-Turnerbund Groß-Berlin veranstaltet am 3. und 4. August im deutschen Stadion Berlin-Grünow zwei große Turn- und Sportfeste.

Wir möchten der Arbeiterschaft Groß-Berlins den Besuch dieser Feste bestens empfehlen, dieses um so mehr, als auch die bürgerlichen Organisationen dieser Richtung zur Zeit eifrigt bestrebt sind, alle Kreise der Jugend an sich zu ziehen. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins u. Umgegend.

Die Schrippe kehrt wieder.

Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Vätern zu gestatten, Schrippen herzustellen aus dem Mehl, das die Hausfrauen ihnen zu diesem Zwecke bringen. Der Väter ist indessen verpflichtet, den Kunden ein Pfundstiel an Gewicht mehr an Schrippen zu liefern, als er Mehl bekommt. Der Väter darf für das Herstellen der Schrippen einen Nachlohn von 25 Pfg. für jedes Pfund Mehl berechnen. Der Verkauf von Schrippen in Bäckereien, Gastwirtschaften, Hotels usw. bleibt verboten. Jüngerhandlungen unterliegen strenger Bestrafung.

Die Rechtfertigung des Berliner Magistrats zu den Beschwerden über das schlechte Brot, die wir in unserer gestrigen Morgennummer veröffentlichten, hat einen unserer Leser veranlaßt, uns eine Probe des verdorbenen und hartgewordenen Mehles einzusenden. Dieses Mehl hat, wie wir feststellen konnten, einen widerlich muffigen Geruch und einen ekelhaft bitteren Geschmack. Wir halten es für äußerst gesundheitsschädlich und zur menschlichen Ernährung ungeeignet. Wir verstehen, daß es dem Berliner Magistrat schwer fällt, dieses verdorbene Mehl aus dem Konsum herauszugreifen, da etwa 30 Bahnladungen davon vorhanden sein sollen. So daß ein nach Millionen rechnender Schaden entstehen würde, abgesehen von dem Ausschall an dem auf den Kopf der Bevölkerung fallenden Mehl. Wir möchten aber doch zu ermögen geben, ob es nicht ratsam und durchführbar wäre, dieses Mehl zu anderen als Ernährungswecken zu verwenden. Der Magistrat sollte ein ärztliches Gutachten darüber einholen, ob das Mehl genießbar ist, ohne die Gesundheit der Konsumenten zu gefährden.

Schließungen mit Zucker. 200 Je einer Zucker wurden gestern am Bahnhof Niederschöneweide auf dem Anfuhrpflanz nach dem Flugplatz beschlagnahmt. Niemand wollte der Eigentümer der Ladung sein. — In Niederschöneweide wurde ein Sprengstoff mit einer großen Ladung Kohlen beschlagnahmt. — Große Schließungen wurden auch in Hamburg aufgedeckt. Die Inhaber der Firma Gebrüder Schöningh a. Freyse haben unter anderen den Polizeimeister Mühlhaus mit 50 000 Mark bedroht und mehreren Zoll- und Schleusenbeamten 40 000 Mark als Schweißgelohn angeboten. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Einzahlung der 50-Mark-Banknoten vom 20. Oktober 1918. Die Besitzer der 50-Mark-Noten vom 20. Oktober 1918 werden aufgefordert, die Noten bis zum 10. September 1919 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzuwandeln. Mit dem 10. September verliert die angeführte Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Es handelt sich nur um die Reichsbanknoten zu 50 M mit dem Datum des 20. Oktober 1918, die auf der Vorderseite links ein grünes Bild und rechts daneben den Aufdruck in einer quadratischen, dunkelbraunen Umrahmung tragen. Unberührt vom Aufruf bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten.

Der gesamte Luftpostverkehr wird wegen Mangels an Betriebsstoff heute mittag 1 Uhr eingestellt.

Lebensmittellisten.

Berlin. Bis Montag in den Bezirken der 101. und 102. Volkskommission und bis Dienstag in den Bezirken der 97., 100., 103. und 104. Volkskommission pro Kopf 250 Gramm Mehl.

Spanbau. Auf Reich 254 125 Gramm Mehl. Auf Reich 254 125 Gramm Mehl. Auf Reich 254 125 Gramm Mehl. Auf Reich 254 125 Gramm Mehl.

Reinlichendort. Auf Abschnitt 20, 40 und 44 der Karte 10. In der Woche anfallen je 125 Gramm Mehl, zusammen 375 Gramm Mehl pro Woche. Auf Abschnitt 42 anfallen 125 Gramm Mehl pro Woche. Auf Abschnitt 43 anfallen 125 Gramm Mehl pro Woche.

Wankow. 250 Gramm Kartoffelschalen oder 250 Gramm Kartoffeln auf Abschnitt 65.

Wankow. Auf Lebensmittelkarte 60 250 Gramm ausländische Mehl. Voranmeldung bis Montag. In der Gemeindeführungsstelle kommt inländischer Speck zur Verteilung, und zwar an Judenbrunnen mit täglichem Mehl, an wachsende Rinder, soweit an sie bereits Rationierung zum Zwecke gelangt, und an Kinder, die zwischen dem 1. Oktober 1906 und 30. Juni 1907 geboren sind. Preis beträgt pro Pfund 4,85 M. Bezugsscheine sind am Freitag im Amtshaus, Zimmer 8, erhältlich. Es bekommen wachsende Rinder 275 Gramm, die übrigen Empfängerberechtigten 250 Gramm.

Wankow. Von Freitag ab 125 Gramm Mehl (45), 250 Gramm Mehl (45), 500 Gramm Kartoffeln (47), 1 Ei (48).

Aus den Organisationen.

4. Kreis. 20. Abteilung. Sonnabend nachm. 5 Uhr Flugblattverbreitung von den Töchtern Litta, Höchststr. 10 und Spatz, Georgenstr. 65.

Neukölln. 22. Bezirk. Der Besuch der Kunstausstellung findet am Sonnabend, den 3. August, statt. Treffpunkt 5 1/2 Uhr im Bezirkshaus, Weißstr. 2.

Steglitz. Heute abend 7 1/2 Uhr bei Jüdel, Ecke Adrars- und Wilmersdorfer, Diskussionsabend des 4. Ausschusses. Referat des Genossen Kiermann über Ausbau der Berliner Arbeiterorganisation. Oberhanselstraße. Sonntag vormittag 10 Uhr öffentliche Versammlung im Blumengarten. Tagesordnung: Die politische Lage. Referent: Genosse G. Däumig.

Berlin. Der Fortschrittspakt des Genossen A. John beginnt Freitag abend beim Genossen Mühlisch. Anfang pünktlich 8 Uhr.

Reichshof. Expedition ab 1. August bei Mertens, Wilhelmstr. 1. — Sonntag, 8 Uhr morgens, Flugblattverbreitung. Treffen bei Müller, Restaurant Dehmute, Berliner Chaussee.

Bereinstellender.

Arbeitslosen-Versammlung. Heute nachmittag 2 Uhr im Volkshaus Charlottenburg. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage. Bericht des Arbeitslosenrats. Arbeitslosenrat legitimiert.

Vertriebsgenossenschaft und Vertriebsstellen der Groß-Berliner Metallindustrie. Sonntag vormittag 10 Uhr Versammlung im Berliner Lehrervereinshaus. Bericht und Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen.

Deutscher Vertriebsverband. Für die Meister und Angestellten der Textilindustrie Besprechungen über Tarifverhandlungen am Freitag abend 7 Uhr in Haverlans Resthause.

Bund der Arbeiter u. Gewerbetreibender. Mitgliederversammlung bei Ziegler, Hakenmarkt 7/8. Montag ab 8 Uhr. Gäste willkommen. Arbeiter und Angestellte der Flugzeugindustrie. Dienstag, 11. August, ab 1 Uhr bei Wollstein, Wollschhof, Bismarckstr. 73. Vertriebsversammlung. Vertrauensmänner eine Stunde früher.

Arbeitslosen-Rund. Heute Freitag abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung Ackerstr. 12 bei Ködlin. Vortrag. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten. Gäste willkommen.

Kreuznieder-Club. Abt. Ost. Sitzung Sonntag vorm. 9 Uhr Stromstr. 6 (Zoo). Aufnahme neuer Mitglieder. B. Panak, Löwenstr. 28.

Internationales Bund der Kriegesopfer. Ortsgruppe Friedrichshagen. Freitag abend 7 1/2 Uhr in Verja Bürgerhäuser am Markt Mitgliederversammlung.

Verbandsverband „Naturfreunde“, Jagdabteilung Berlin. 1. Erker-Abteilung, Hof, Sonnabend nachm. 8 Uhr. 2. Erker-Abteilung, Kranichberg, Sonntag, 10. August, 8 Uhr vorm. Schloß, Zehnberg.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, a. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Druckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schiffsbaustr. 12.

Niemand ist so klug,



Jedem Kerger und Verdruß aus dem Wege gehen zu können. Aber jenen klugen, kleinen, verdochnenden Kerger mit schlechten Passenden oder schlechten Angewandten können Sie sich ein für allemal ersparen, wenn Sie nur Optiker Ruhnke's garantierter Augenklappe tragen. Wir garantieren Bestehenheit und tun alles für Sie, was überhaupt möglich zu machen ist. Wir halten, was wir versprechen. Das beweist nachstehendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Ruhnke! Als Ihre langjährige treuer Kunde (ich wohnte in Berlin) möchte ich nicht verhehlen, Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die aufmerksame Bedienung, die ich wieder einmal in Ihrer Geschäftsstelle am Hauptplatz erfahren habe. Die große Mühe, die sich zwei Herr-

Angestellten bei der gewissenhaften (kostenlosen) Augenuntersuchung, bei der sorgfältigen Auswahl eines goldenen Fingerreifers und beim Schließen der möglichst großen Sonnenbrille gegeben haben, möchte ich mir zur angenehmen Pflicht, auch weiterhin Ihre dauernde Kunde zu bleiben und Ihre Firma in meinen Kreisen bei jeder Gelegenheit zu empfehlen. Meine dankbare Aufwartung in Verbindung mit gediegener Arbeitleistung und möglichem Preise ist Ihre Geschäftstätigkeit, eine Tatkraft, die in dieser lächerlichen Zeit für ein Geschäft nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Hochachtungsvoll ergebend
H. G. Rgl. Seminarlehrer.



Verlangen Sie nach außerhalb folgenden Optiker Ruhnke's. Bestimmen polierender Gläser nicht Verlangen !! Uhr ::

Optiker Ruhnke

20 Geschäfte:

W. Leipziger Str. 112, am Hauptplatz.

Straße 1, am Hauptplatz.

W. Leipziger Str. 112, am Hauptplatz.

Straße 1, am Hauptplatz.

W. Leipziger Str. 112, am Hauptplatz.

Straße 1, am Hauptplatz.

W. Leipziger Str. 112, am Hauptplatz.

Straße 1, am Hauptplatz.

W. Leipziger Str. 112, am Hauptplatz.

Straße 1, am Hauptplatz.

W. Leipziger Str. 112, am Hauptplatz.

Straße 1, am Hauptplatz.

N. Hauptstr. 72, Invalidenstr. 164, S. Hauptstr.

W. Leipziger Str. 112, am Hauptplatz.

Straße 1, am Hauptplatz.

W. Leipziger Str. 112, am Hauptplatz.

Straße 1, am Hauptplatz.

W. Leipziger Str. 112, am Hauptplatz.

Straße 1, am Hauptplatz.

Friedenau, Wilmersdorf.

Wilmersdorf, Wilmersdorf.

Wilmersdorf, Wilmersdorf.

Wilmersdorf, Wilmersdorf.

Wilmersdorf, Wilmersdorf.

Wilmersdorf, Wilmersdorf.

Wilmersdorf, Wilmersdorf.

S. Hauptstr. 10, am Hauptplatz.

S. Hauptstr. 10, am Hauptplatz.

S. Hauptstr. 10, am Hauptplatz.

S. Hauptstr. 10, am Hauptplatz.

S. Hauptstr. 10, am Hauptplatz.

S. Hauptstr. 10, am Hauptplatz.

S. Hauptstr. 10, am Hauptplatz.

Charlottenburg:

Wilmersdorfer Straße 15, am Hauptplatz.

Wilmersdorfer Straße 15, am Hauptplatz.

Wilmersdorfer Straße 15, am Hauptplatz.

Wilmersdorfer Straße 15, am Hauptplatz.

Wilmersdorfer Straße 15, am Hauptplatz.

Wilmersdorfer Straße 15, am Hauptplatz.

Wilmersdorfer Straße 15, am Hauptplatz.

Wilmersdorfer Straße 15, am Hauptplatz.

Wilmersdorfer Straße 15, am Hauptplatz.